

# Von den „Reue-“ und „Distanzierungs“-projekten zur „Operation Straferlaß“

Die Statistik des bewaffneten Kampfes in Italien zwischen 1970 und 1990 zählt nicht weniger als rund 70 Organisationen und Gruppen. Nicht enthalten sind darin die zahlreichen kleinen Strukturen, die insbesondere in den Jahren 1977 und 1978 einmalig oder unter wechselnden Bezeichnungen aufgetreten sind. Welche Dimension die zahlenmäßige Organisation in den bewaffneten Kämpfen - im Verhältnis zu anderen westeuropäischen Ländern - hatte, zeigt ein einfaches Beispiel:

Die Formazioni Communisti Combattenti, Mitte 1977 entstanden und nur etwa zwei Jahre aktiv, eine Organisation, die Zeit ihres Bestehens kaum über Italien hinaus bekannt wurde, umfaßte über 120 Militante - drei- bis fünfmal mehr, als die RAF in Deutschland selbst in ihren besten Zeiten je rekrutieren konnte. Und sie war, wie gesagt, nur eine von rund 70 Organisationen. Prima Linea, die nach den Roten Brigaden mit am längsten aktive Organisation (knapp vier Jahre), zählte rund 900 Militante. Wegen Mitgliedschaft in den Roten Brigaden - einschließlich ihrer Abspaltungen und der späteren BR/PCC, bzw. den UdCC wurden im Zeitraum von etwa 20 Jahren über 1.300 Personen angeklagt bzw. verurteilt. (1)

Allein bis 1987 wurden gegen 6.070 Personen Verfahren wegen „linkem Terrorismus“ geführt, 800 Personen aus verschiedenen bewaffneten Organisationen befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Gefängnis, 107 Verurteilte wurden aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit dem Staat („Reue“, „Lossagung“, Verrat) im Rahmen der verschiedenen Gesetzesinitiativen bereits auf freien Fuß gesetzt.

Heute, rund 10 Jahre später, liegt die Zahl der politischen Gefangenen in Italien bei etwa 200. Darin enthalten sind auch palästinensische Gefangene (die in den vergangenen Jahren oft besonders repressiven Haftbedingungen ausgesetzt waren), neuerdings kurdische Gefangene und anarchistische Gefangene, gegen die seit 1996 u.a. wegen Banküberfällen, Bandenbildung und subversiver Vereinigung verhandelt wird. (Angeklagt sind in diesem Verfahren insgesamt 70 Personen.)

Aus den ehemaligen kämpfenden Guerilla-Organisationen sitzen ca. 70 Personen in verschiedenen Gefängnissen, die sich nicht von ihrer Vergangenheit und ihrer politischen Praxis distanzieren haben. Darunter sind 16 Frauen. Sie kommen aus den Roten Brigaden und deren Abspaltungen, z.B. den UdCC und dem Partito Guerilla. Auch aus den NAP befinden sich noch zwei Genossinnen im Gefängnis. Aus den Roten Brigaden sind die mei-

sten Gefangenen seit sehr langer Zeit im Knast, einige aber auch erst seit 1993.

Seit mehr als 10 Jahren legen die politischen Exponenten der Bourgeoisie nun ihrem Parlament Entwürfe für Straferlaßgesetze vor, die auch die revolutionären Gefangenen mit betreffen.

Der bisher letzte und aktuelle Vorstoß in Sachen Straferlaß ist eine Gesetzesvorlage, die von der Partei des Demokratischen Sozialismus, also dem ehemaligen PCI, den Grünen und der faschistischen Alleanza Nazionale (AN) nahezu übereinstimmend eingebracht wurde. Sie geht auf eine Gesetzesinitiative von vor mehr als 10 Jahren zurück, wird aber erst jetzt breit und öffentlich diskutiert und hat eine Art Kampagnencharakter bekommen. Sie sieht unter anderem vor: Umwandlung von lebenslänglich in 21 Jahre, 5 Jahre Strafabzug für Verurteilte, die weniger als 10 Jahre abzusitzen haben. Nicht gelten soll dieser Bonus für Exilierte, also die, die im Ausland leben und in Abwesenheit verurteilt wurden, und ebenfalls nicht für „Taten“, die nach dem 31. Dezember 1988 verübt worden sind.

Wesentlich sind aber vor allem die jeweiligen individuellen Umstände, die immer die Möglichkeit, in den Genuß des Straferlasses zu kommen, begleiten. Sie unterscheiden im wesentlichen zwischen Gefangenen, die ein sog. „Blutdelikt“ begangen haben, und anderen ohne diesen Vorwurf, sie unterscheiden zwischen solchen, die wegen ganz spezifischer „Delikte“ verurteilt wurden, und solchen, die nur wegen subversiver Organisation oder wegen moralischer Unterstützung - also ohne konkreten Tatvorwurf - verurteilt wurden.

Selbstverständlich sollen alle diese Strafnachläsvorteile nicht nur den Revolutionären und ehemaligen militanten Gefangenen der Linken zugute kommen, sondern auch den Protagonisten der rechten Blutbäder in Italien.

Warum werfen - auch maßgebende - Vertreter der Bourgeoisie immer wieder die Frage eines Straferlasses auf, der sich nicht ausschließlich auf jene bezieht, die dafür ihre Gegenleistungen in Form der Klassenzusammenarbeit, der individuellen „Lossagung“ oder der „Reue“ erbringen?

Spätestens mit den sog. „Curcio-Briefen“, mit denen eine Gruppe ehemaliger Angehöriger der Roten Brigaden 1987 aus dem Gefängnis heraus ihre Dialogbereitschaft auch mit staatlichen Institutionen erklärte, ist das Problem der politischen Gefangenschaft

in Italien in eine „öffentliche“ Diskussion gebracht worden. Diese Diskussion hatte vor allem die massenhafte Anwendung der Sondergesetze zu Abschwörung, Reue und Straferlaß zum Inhalt. Und vom sog. Cossiga-Gesetz 1979/80, das hohe Strafnachlässe für die gewährte, die mit den Behörden zusammenarbeiten, über das Cozzini-Gesetz 1987, das jene begünstigt, die sich zumindest „distanzieren“, zieht sich ein direkter Faden zur heutigen Operation indulto - zum Straferlaß.

Die mit Strafabatt und Straferlaß verbundenen Gesetzesinitiativen zu „Abschwörung“ und „Reue“ haben - das kann nur bestreiten, wer die Realität nicht sehen will - innerhalb der Bewegung wie unter den Gefangenen zu Niederlagen und Spaltungen geführt und zahllose neue Prozesse auf der Basis von Kronzeugenaussagen hervorgebracht. Vor allem aber haben all die eine Stimme und einen Raum bekommen, die verkündet haben und verkünden: „Alle nach Hause, der Krieg ist aus, wir haben alles falsch gemacht, die Welt ist anders geworden“. Dies bestimmte und bestimmt den Raum der „öffentlichen Diskussion“.

Was darin fehlte und davon nicht betroffen ist und letzten Endes nicht getroffen werden konnte, ist der - wenn auch in sich alles andere als homogene - Bereich jener politischen, revolutionären Gefangenen, die unabhängig von jeder auf Belohnung und Differenzierung beruhenden Taktik - Analyse und Kritik der Entwicklung in den siebziger und achtziger Jahren und daraus abgeleitet - eine Perspektive zur Wiedergewinnung revolutionäre Initiative in den Mittelpunkt stellen.

Das Gesicht der bürgerlichen Aufarbeitung der Geschichte, die darin vertretenen Interessen und die zutage tretenden Allianzen auch unter sich sonst bekämpfenden Fraktionen und Gruppen der herrschenden Klasse zeigt sich sehr deutlich am Fall Sofri, Bompresi und Pietrostefani. Alle drei waren ehemals führende Mitglieder der Organisation Lotta Continua, die sich 1976 selbst aufgelöst hat. Sie wurden 1988 verhaftet und wegen der Erschießung des Polizeikommissars Luigi Calabresi 1972 angeklagt. Calabresi hatte damals die Ermittlungen wegen des Bombenattentats auf die Mailänder Landwirtschaftsbank am 12. Dezember 1969 geführt. Obwohl die Spur eindeutig auf eine Zusammenarbeit zwischen Neofaschisten und Geheimdiensten hinweisen, wurde ausschließlich gegen Linke ermittelt. Bei einer

Vernehmung durch Calabresi stürzte der Anarchist Giuseppe Pinelli aus dem Fenster des Polizeipräsidiums. Lotta Continua hatte damals Calabresi für den Mord an Pinelli verantwortlich gemacht, und jetzt, 1988, beschuldigte einer der damaligen Mitläufer der Organisation die drei, die spätere Erschießung Calabresis organisiert zu haben. Sofri, Pietrostefani und Bompresi wurden inzwischen zu je 200 Jahren Haft verurteilt. Interessant ist aber die öffentliche Kampagne, die zugunsten der drei geführt wird, vom Staatspräsidenten bis zu Literaten, Publizisten und Politikern, die sich alle für eine Revidierung des Urteils einsetzen. Hintergrund ist natürlich, daß Sofri sich seit vielen Jahren öffentlich vom sog. „Radikalismus der frühen Jahre“ abgewandt hat, heute als Publizist und Herausgeber arbeitet und auch die anderen ehrenwerte Karrieren gemacht und ihren Weg in die bürgerliche intellektuelle Elite gefunden haben.

Die Argumentation von einer „gnadenlosen Rechtsmaschinerie“ gegen Sofri und die anderen macht - völlig unabhängig davon, was man von dem Urteil, den Beweisen und der Tatsache, daß alles auf den Aussagen eines zweifelhaften Kronzeugen beruht - klar, was die Signale sind: Absage und Rückkehr ins Bürgertum. Die Justiz hat sich den politischen Zielen unterzuordnen und ist ihnen untergeordnet.

Sofri, Bompresi und Pietrostefani sind, wie zahlreiche andere, die ihren Weg zurück in den Schoß dieser Gesellschaft gesucht und gefunden haben, zum Spielball und Objekt der unterschiedlichen Interessen der bürgerlichen Klassenfraktionen geworden und werden hier wie dort benutzt, vorgezeigt, ausgeschlachtet, gehätschelt oder getreten.

Die Ablehnung der Amnestievorstöße der Bürgerlichen und die Ablehnung der Straferlaß-Manöver von seiten der revolutionären, vor allem kommunistischen Gefangenen und deren Organisationsstrukturen draußen ist auch auf diesem Hintergrund zu sehen. Als taktische Vorschläge der einen oder anderen bürgerlichen Fraktion verfolgen sie ein Ziel, das nicht das Ziel der revolutionären und kommunistischen Bewegung ist, sondern durch ihre Unterstützung in erster Linie die Ziele und Absichten dieser jeweiligen Fraktion oder Allianz begünstigt. Revolutionäre Positionen sind aber keine Tauschware zwischen den Interessensgruppen, Banden und Personen, aus denen sich das herrschende Lager zusammensetzt.

Das ist auch der Grund, warum sich die revolutionären politischen Gefangenen für diese Debatten wesentlich weniger interessieren als die, die sich von ihnen befreien wollen, um damit auch zu dokumentieren, daß nicht nur ein Kampfzyklus abgeschlossen ist, sondern eine ganze Epoche der Klassenkämpfe, aus der Staat und Kapital als Sieger hervorgegangen sind und deshalb auch die „alten und unbelehrbaren Relikte dieser Zeit“ getrost nach Hause schicken kann.

Um diese neue Straferlaß- und Amnestie-debatte auch für die revolutionären Gefangenen aufzuwerfen, hat man in Ruhe gewartet, bis diese durch die unterschiedlichsten Dissoziations- und Reuekampagnen auf ein - im Verhältnis dazu - spärliches Häufchen reduziert worden sind. Im wesentlichen wird die Freilassung in dem Moment auf den Tisch gebracht, in der sie nicht mehr schadet.

Vor allem aber: Alle, die sich heute auf diesem Feld der Amnestie stark machen, mehr oder weniger bedeutsame „politische Lösungen“ vorschlagen, vollziehen eine Umschreibung der Geschichte dieser Klassenkämpfe in Italien und reduzieren die Tragweite auf etwas, was der bürgerliche Staat verdauen kann.

Die Parolen etwa von „Rete Sprigionare“ lauten heute: Die Leute sind im Gefängnis gelandet, weil sie gegen die Korrupten, gegen die Faschisten, gegen die Auswüchse der kapitalistischen Auspressung, gegen die Mafia und gegen die Putschisten gekämpft haben. Weil der bürgerliche Staat selbst an einem bestimmten Punkt diese Auswüchse und Abweichungen angreift, ist man auf die glänzende Idee gekommen, dieses Argument zu benutzen, um diejenigen zu befreien, die sich - natürlich auch - dagegen gewandt haben.

Unterschlagen wird, daß gegen das System gekämpft wurde, und nicht gegen seine Fehler oder Auswüchse. Dabei verschwindet der Klassenkampf, es verschwindet das Ziel der Machtergreifung und des Kommunismus, es verschwindet die gesamte Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses, die dem Verlauf des Bewaffneten Kampfes, aber auch den gesamten Klassenkämpfen der vergangenen 25 oder 30 Jahre zugrundeliegen.

Eine Freilassung auf dieser Basis bedeutet, den Gefangenen, die für den Kommunismus und nicht gegen die Korruption gekämpft haben, ihre Geschichte zu nehmen und ihnen eine andere, die nicht die ihre ist, anzudrehen.

Episoden, die das verdeutlichen, gibt es nahezu täglich. Der frühere christdemokratische Abgeordnete und heutige Vorsitzende des Mailänder Kommunalrats, De Carolis - der 1975 von einem BRD-Kommando angegriffen worden ist - hat kürzlich bei einem Händeschütteln mit dem inzwischen freigelassenen Ex-Brigadisten Prospero Galinari öffentlich erklärt, wie sehr er die intellektuellen Fähigkeiten der Roten Brigaden heute schätze, wie sie gesellschaftliche Probleme analysiert und theoretische Beiträge von höchstem Niveau verfaßt hätten. De Carolis ist - zumindest nach außen - auch ein „geläutertes“ Mitglied der profaschistischen Geheimloge P2, die in den siebziger und achtziger Jahren den Staatsstreich in Italien vorbereitet hat.

(gruppe 2)

(1) Die Zahlen über Verfahren, Mitgliederstärke, Verurteilungen etc. stammen aus der inzwischen in drei Bänden vorliegenden Reihe „progetto memoria“, Edizione Sensibili alle Foglie“, die sich mit den bewaffneten Organisationen in Italien befaßt und an deren Herausgabe und Erstellung der BR-„Historische“ Renato Curcio maßgeblich beteiligt ist.

## Termine

Hamburg, 11.3., 20 Uhr

**Info Veranstaltung: Die neue Praxis des polizeilichen Wahrsams; Vorbeugehaft, Hauptverhandlungshaft usw.**

VeranstalterIn: Rote Hilfe Hamburg, Ort: Brigittenstr. 5

Göttingen, 14.3.

**Norddeutsche Demo für die Freiheit der politischen Gefangenen**

Für die Freilassung der Gefangenen aus der RAF, für die Abschaffung der §§ 129/129a, für die Freiheit der politischen Gefangenen aus der linken Bewegung weltweit!

Ort und Zeit sind bei der Roten Hilfe Kiel, Tel/Fax 04 32-7 51 41 zu erfragen.

Kaiserslautern, 18.3., 20 Uhr

**Info Veranstaltung über den Kampf der Studierenden in der Türkei**

Delegationsbericht, ausgehend von Gesprächen mit VertreterInnen der Studentenvereinigung TÖDEF und Devrimci Genclik über die Geschichte der Studierendenbewegung in der Türkei, die momentane Situation und die Perspektive des Kampfes. Außerdem soll es um die Möglichkeit gehen, die Kämpfe der Studierenden und SchülerInnen in der BRD und der Türkei zu verbinden bzw. aus den unterschiedlichen Kampferfahrungen voneinander zu lernen. Referent: Mitglied des Komitees für internationale Solidarität (KI). VeranstalterIn: AStA der Uni KL, Ort: Uni Kaiserslautern

Kiel, 18.3.

**Hinter diesen Mauern. Mumia Abu Jamal und der lange Kampf um Freiheit**

Mumia Abu-Jamal droht ein neuer Hinrichtungstermin. In den nächsten Wochen wird der Supreme Court die Entscheidung über Abu Jamals Wiederaufnahmeverfahren fällen. UnterstützerInnen befürchten, daß sie negativ ausfällt. Aus diesem Anlaß zeigt die Rote Hilfe Aktivengruppe Kiel den Film „Hinter diesen Mauern ...“ des KAOS Film- und Video-Teams. Auch der Tag ist nicht zufällig, es ist der 18. März, der Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen.

Der Film dokumentiert durch ein Interview mit Abu Jamal, durch Gespräche mit Weggefährten, Familienangehörigen, Prozeßbeteiligten und durch Archivmaterial wesentliche Teile seiner Biographie, den Prozeßverlauf und den langen Kampf um ein Wiederaufnahmeverfahren, die einzige Möglichkeit, dem Tod durch die Giftspritze zu entgehen.

Ort: Arbeitsloseninitiative Kiel, Iltisstr. 34, 24143 Kiel

**Prozeßtermine Monika Haas**

Montag, 2.3., 13.30 Uhr

Donnerstag, 12.3., 10.15 Uhr

Donnerstag, 19.3., 10.15 Uhr

Montag, 30.3., 13.30 Uhr